Inhaltsverzeichnis

7
11
12
14
34
elds47
48
54
60
63
75
78
96
112
135
136
g145
154

7	Topografie der Erinnerung	167
8	Anhang	173
	Anmerkungen	173
	Auswahlbibliografie	196
	Register	199
	Der Autor	

1 Einführung



30. Januar 1933. Nach der Wahl Hitlers zum Reichskanzler marschiert der »Stahlhelm« durch das Brandenburger Tor in Berlin.

Was ermöglichte 1933? Diese Frage steht im Zentrum des vorliegenden Buches. Sie ist im doppelten Sinne zu verstehen. Erstens: Wie konnten die Nationalsozialisten an die Macht gelangen? Und zweitens: Welche Kräfte der Zerstörung und Neuordnung konnten sich nach dem Machttransfer entfalten? Da 1933 nicht so sehr als Fluchtpunkt, sondern als Ausgangspunkt gewählt wird, bewegt sich die Darstellung im ersten Drittel des Buches chronologisch rückwärts: Schritt für Schritt werden zunächst die politischen und kulturellen Erfolgsbedingungen der NS-Bewegung analysiert, von der Rolle konservativer Eliten in der Spätphase der Weimarer Republik bis zur Produktion wirkmächtiger Mythen im Gefolge des Ersten Weltkriegs. Daran anschließend wird der ideengeschichtliche Entstehungskontext des Nationalsozialismus beleuchtet, angefangen bei der Revolu-

tion von 1918/19 und zurückreichend bis in das späte 19. Jahrhundert.

Der umfangreichste Teil des Buches lenkt das Augenmerk auf die Zeit nach 1933, also auf die Praxis nationalsozialistischer Herrschaft. Er zeigt zunächst, wie in kürzester Zeit die politische Opposition ausgeschaltet und eine neue Staatsform etabliert wurde; anschließend nimmt er das zentrale Projekt des NS-Regimes in den Blick: die Schaffung einer kampfbereiten, auf den »Führer« orientierten Leistungsgesellschaft, die nach »rassischen«, »völkischen« und politischen Kriterien zu ordnen und von Juden und »Gemeinschaftsfremden« zu »säubern« war. Dieses Projekt wird in unterschiedlichen Zusammenhängen betrachtet: anti-jüdische Gewalt und nationalsozialistische Massenrituale im öffentlichen Raum; politischer Gestaltungswille und gesellschaftliche Binnendifferenzierungen in Kirche, Schule und Betrieb; Politisierung des Privaten und geschlechtsspezifische Vergesellschaftung in den eigenen vier Wänden, mit einem Fokus auf Ehe, Sexualität, Erziehung, Haushalt, Medienkonsum und Wohnen; schließlich Praktiken sozialer Integration und Exklusion auf verschiedenen Ebenen und Schauplätzen, von den Regionen des »Altreichs« bis zu den Expansionsgebieten des nationalsozialistischen Imperialprojekts, wobei der Bogen von Infrastrukturen über regionale Identitäten und die Germanisierungspolitik in den eroberten »Ostgebieten« bis zum Gewalthandeln zwischen Front und »Heimatfront« geschlagen wird. Ein Epilog thematisiert heutige Erinnerungsorte als Medium der Vergegenwärtigung nationalsozialistischer Vergangenheit.

Auswahl und Strukturierung des Materials ergeben sich aus zwei Faktoren: Erstens ist dieses Buch eingebettet in eine Schriftenreihe zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, die drei weitere Bände zur Geschichte des Dritten Reiches umfasst: zur Außenpolitik, zum Holocaust und zum Zweiten Weltkrieg. Zweitens verfolgt das Buch einen Ansatz, durch den es sich von bisherigen Darstellungen zur Geschichte des Nationalsozialismus unterscheidet. Es greift Anregungen des Historikers Karl Schlö-

gel auf, der eine »gesteigerte Aufmerksamkeit für die räumliche Dimension geschichtlichen Handelns und Geschehens« fordert. Ein raumgeschichtlicher Ansatz ist ein Ansatz unter vielen. Doch ermöglicht er eine »Bereicherung des Sehens, Wahrnehmens, Verarbeitens«.¹ Das hat vor kurzem noch einmal Susanne Rau in ihrer Einführung zur historischen Raumforschung verdeutlicht, der dieses Buch ebenfalls manche Anregung verdankt.²

Geschichte räumlich zu denken eröffnet mehrere Perspektiven: die Überwindung einer gewissen »Ortlosigkeit der Geschichtsschreibung« und die Sensibilisierung für die schlichte Tatsache, dass Geschichte »stattfindet« - history takes place;3 die Bildung von thematischen Verknüpfungen, welche die Erträge der Forschung neu strukturieren und anders zueinander in Beziehung setzen; und die Möglichkeit, sich bekannte Sachverhalte neu anzueignen, indem sie auf andere Weise versprachlicht werden. Teilweise handelt es sich um eine Bündelung und Systematisierung neuerer Tendenzen der NS-Forschung, in der es ein zunehmend größeres Interesse an raumgeschichtlichen Perspektiven gibt - auch jenseits der Untersuchung von Raumplanung, Raumforschung und Geopolitik, die angesichts ihrer engen Liaison mit dem Nationalsozialismus für die zeitweilige »Raumvergessenheit« der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 mit verantwortlich gewesen sind.

Vier Ebenen sind in der raumanalytischen Begrifflichkeit auseinanderzuhalten. Zunächst die physisch-geografische: Orte, Regionen und Schauplätze sind in diesem Buch auch in ihrer physisch-geografischen Materialität von Bedeutung. Davon zu unterscheiden ist die imaginative Ebene: Räumliche Vorstellungen und Repräsentationen – ob von Architekten, Stadtplanern und Kartografen entworfen oder als »Landkarten im Kopf« (mental maps) in Politik und Alltag – sind ein zentrales Thema der Raumgeschichte. Sie spielen, etwa mit Blick auf räumliche Identitäten und symbolische Raumaneignungen, auch in diesem Buch eine Rolle. Darüber hinaus gibt es die handlungsbezogene Ebene: Zahlreiche Soziologen, darunter Henri Lefebvre und

Pierre Bourdieu, haben darauf hingewiesen, dass Räume über soziale Interaktion hergestellt werden. Soziale Beziehungen bringen Räume hervor und werden selbst von ihrer räumlichen Umgebung beeinflusst. Dieser relationale Raumbegriff wird in diesem Buch immer wieder begegnen. Schließlich die metaphorische Ebene: Metaphern gehören zum festen Bestandteil der Wissenschaftssprache. Sie helfen bei der Generierung, Ordnung und Vermittlung von Wissen. Metaphern wie »Möglichkeitsraum«, »Kommunikationsraum« und »Weltanschauungsfeld« sind in diesem Buch wichtig für die Entfaltung der Argumentation.

Leserinnen und Lesern bietet das Buch also eine Vielzahl räumlicher Perspektiven. In erster Linie richtet es sich an Studierende und Lehrende sowie an alle, die sich die Geschichte des Nationalsozialismus problemorientiert erschließen möchten. Für die Druckfassung wurde das Manuskript erheblich gekürzt; vor allem der Anmerkungsapparat wurde stark reduziert. Eine Auflistung der Literatur, auf der dieses Buch beruht, samt vollständigen bibliografischen Angaben der zitierten Titel, findet sich auf der Homepage des Verlags.⁴

2 Möglichkeitsraum



Versammlung der NSDAP im Münchner Bürgerbräukeller, um 1923.

Die Frage nach den Ursachen und Voraussetzungen für die Zerstörung der Weimarer Demokratie und die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur stellt die Geschichtswissenschaft immer noch vor große Herausforderungen. Will man den Aufstieg des Nationalsozialismus nicht allein aus kurzfristigen Zusammenhängen erklären, muss man sich an historische Verknüpfungen wagen, die größere Zeiträume umfassen. Ausgehend von den strategischen Machtspielen einiger weniger politischer Entscheidungsträger, die am Ende den Ausschlag dafür gaben, dass Hitler die Regierungsverantwortung übertragen wurde, werden im Folgenden die Bedingungen ergründet, die diese politische Entscheidungssituation ermöglichten. Dabei wird ein Möglichkeitsraum ausgeleuchtet, zu dem die NS-Diktatur ebenso wie die Weimarer Demokratie gehörte. Beide

Ordnungsmodelle entstammten demselben Labor: einem Experimentierraum, der sich um die Jahrhundertwende herauszubilden begann und in dem sich stark veränderte Ansprüche politischer Teilhabe und neuartige Formen von Herrschaftslegitimation entwickelten.¹

Machttransfer

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), Adolf Hitler, zum Reichskanzler. Dafür, dass es zu diesem folgenreichen Akt kam, war eine Reihe von Personen direkt verantwortlich. Ohne die tatkräftige Unterstützung von Vertretern einer konservativen Elite wäre Hitler nicht mit dem Kanzleramt betraut worden. An vorderster Stelle standen dabei Kurt von Schleicher, Franz von Papen und Paul von Hindenburg. Bei diesen Personen lagen die Schlüssel zu den Toren der Staatsmacht.

General Kurt von Schleicher besetzte während der letzten Jahre der Weimarer Republik eine der herausragenden machtpolitischen Positionen in einem Kräftefeld, das immer weniger vom Parlament und immer stärker von außerparlamentarischen Machtinstanzen wie der Reichswehrführung, der Ministerialbürokratie und dem Reichspräsidenten bestimmt wurde. Wie viele andere Vertreter einer konservativen Elite, die der pluralistischen Demokratie den Garaus machen wollte und die Errichtung eines autoritären Präsidialregimes anstrebte, verfolgte Schleicher die Idee, sich die nationalsozialistische Massenbewegung zunutze zu machen. Seine taktischen Winkelzüge wurden ihm jedoch zum Verhängnis. Er verprellte Franz von Papen, dessen Kanzlerschaft er zunächst gefördert und dann hintertrieben hatte; er irritierte Industrie und Großlandwirtschaft, indem er den Gewerkschaften Avancen machte: und er verlor die Gunst des Reichspräsidenten, bei dem er mit seinen Plänen für einen Staatsnotstand auf taube Ohren stieß

Ein offenes Ohr beim Reichspräsidenten hatte dagegen Papen. Der national-konservative Aristokrat entfaltete im Januar 1933 eine »fieberhafte Aktivität« (Eberhard Kolb), um zwischen dem Reichspräsidentenpalais und den Führungskreisen von NSDAP, Deutschnationaler Volkspartei (DNVP) und dem paramilitärischen Wehrverband »Stahlhelm« zu vermitteln. Die Bildung einer Regierung Hitler-Papen-Hugenberg sollte eine tragfähige Politik der »nationalen Einheit« mit antidemokratischer und antisozialistischer Stoßrichtung ermöglichen. Angesichts der Einbußen der Nationalsozialisten, die bei den Reichstagswahlen vom November 1932 zwei Millionen weniger Stimmen erhalten hatten als noch im Juli desselben Jahres, mag konservativen Politikern wie Papen das Risiko einer Kanzlerschaft Hitlers kalkulierbarer erschienen sein als zuvor. Auch gewisse Verfallserscheinungen in der NSDAP, die Anfang Dezember 1932 ihren sichtbarsten Ausdruck im Rücktritt des Reichsorganisationsleiters Gregor Straßer fanden, mögen diesen Eindruck verstärkt haben.

Aus dem komplexen Beziehungsgeflecht politischer Entscheidungsträger und Interessengruppen sticht indes vor allem die Person des Reichspräsidenten hervor. Wie neuere Forschungen gezeigt haben, verfolgte Hindenburg seit Herbst 1931 das Projekt einer Regierung der »nationalen Konzentration«, die unter Ausschluss von Sozialdemokraten und Kommunisten die Kräfte der »nationalen Bewegung« vereinigen sollte.²

Doch warum ernannte Hindenburg Ende Januar 1933 Hitler zum Kanzler eines Präsidialkabinetts? Was hatte sich seit August 1932 verändert, als sich der Feldmarschall noch strikt geweigert hatte, dem »böhmischen Gefreiten« die Regierungsverantwortung zu übertragen? Und was war seit November 1932 passiert, als der Reichspräsident im Falle einer Kanzlerschaft Hitlers diesem weder Notverordnungsvollmachten noch die präsidiale Befugnis zur Auflösung des Reichstags in Aussicht stellen wollte? Zunächst einmal stand mit Papen, seitdem ihn Hindenburg nolens volens als Reichskanzler hatte entlassen müssen, jemand

zur Verfügung, der zwischen den potenziellen Trägern einer ins Auge gefassten Regierung der »nationalen Konzentration« vermitteln konnte. Auch als Folge dieser Vermittlungsbemühungen sah der Reichspräsident Hitlers Ambitionen auf das Kanzleramt nicht mehr allein als Ausdruck parteipolitischen Ehrgeizes, sondern als Ausfluss eines glaubhaften Strebens nach nationaler Einheit.

Allzu viele Optionen blieben Hindenburg ohnehin nicht. Sein eigentlicher Wunschkandidat für den Posten des Reichskanzlers, Franz von Papen, war 1932 gescheitert, und eine auf der Macht der Reichswehr fußende Präsidialdiktatur, die dessen Nachfolger Schleicher am Ende präferierte, widersprach Hindenburgs Herrschaftsverständnis. So entschloss er sich dazu, durch die Bildung einer Regierung Hitler und die anschließende Ausrufung von Neuwahlen das »Experiment der Präsidialkabinette« (Wolfram Pyta) zu beenden, das seiner Auffassung von einem über den Parteien angesiedelten Präsidentenamt immer stärker zuwidergelaufen war.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass der Reichspräsident, dessen Verfassungstreue sich sonst in Grenzen hielt, mit dieser formalrechtlich einwandfreien Lösung der Weimarer Demokratie den Todesstoß versetzte. Die Bitterkeit dieser Ironie wird noch dadurch gesteigert, dass Hindenburg die von Schleicher ins Spiel gebrachte Option ablehnte, den Reichstag aufzulösen und gleichzeitig Neuwahlen auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Dies wäre ein Verfassungsbruch gewesen, der ebenfalls (zumindest vorläufig) das Ende des Parlamentarismus besiegelt hätte; eine Kanzlerschaft Hitlers wäre der Menschheit aber vielleicht erspart geblieben.

Politische Mobilisierung

Dass Hindenburg in die Verlegenheit kam, eine Kanzlerschaft Hitlers überhaupt zu erwägen, hatte in erster Linie damit zu tun, dass dessen Partei seit einigen Jahren von Wahlsieg

zu Wahlsieg eilte. Bei den sächsischen Landtagswahlen vom Juni 1930 kam sie auf 14,4 Prozent der Stimmen, dreimal soviel wie noch im Jahr zuvor. Die für September 1930 angesetzten Wahlen brachten der NSDAP einen Erdrutschsieg, dessen Dimensionen alles sprengten, was die Geschichte des deutschen Parlamentarismus bis dahin erlebt hatte. Während die NSDAP bei der Reichstagswahl von 1928 mit 800 000 Stimmen gerade einmal auf einen Anteil von 2,6 Prozent gekommen war, votierten für sie jetzt nicht weniger als 6,4 Millionen Menschen. Das entsprach 18,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Mit über 100 Mandaten zog Hitlers Partei als zweitstärkste Fraktion in den neuen Reichstag ein. Nur die traditionell stärkste Partei der Sozialdemokraten entsandte mehr Abgeordnete. Knapp zwei Jahre später sollte sich auch das ändern. Bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 konnte die NSDAP ihr Ergebnis verdoppeln und erreichte mit 37,3 Prozent aller Wählerstimmen das beste Resultat, das eine Partei bei Weimarer Reichstagswahlen je erzielte – sieht man einmal von der »halbfreien Wahl« (Karl Dietrich Bracher) vom März 1933 ab, als vor dem Hintergrund der Reichstagsbrandverordnung, der politischen Verfolgung von Sozialdemokraten und Kommunisten sowie weiterer Maßnahmen nationalsozialistischer Machtausweitung 43,9 Prozent aller Wähler der NSDAP ihre Stimme gaben.

Woher kamen diese Wählermassen, die Hitlers Partei seit 1929/30 so plötzlich zuströmten? Die statistische Wahlforschung hat etliche frühere Hypothesen in das Reich der Legende verwiesen.³ So profierte die NSDAP kaum von der steigenden Zahl an Arbeitslosen, die stattdessen in Scharen der Kommunistischen Partei in die Arme liefen. Auch bisherige Nichtwähler stimmten erst 1933 vermehrt für die NSDAP, und es waren nicht junge, sondern vorwiegend ältere Menschen, die mit ihrem Wahlverhalten Hitlers Erfolg begünstigten. Frauen, die anfänglich besonders für den Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten verantwortlich gemacht wurden, ließen sich ebenfalls erst relativ spät in höherem Maße für die NSDAP mobilisieren. Bis 1930 zeigten

sich Frauen dem Nationalsozialismus gegenüber sogar resistenter als Männer.

Revisionsbedürftig ist auch die Annahme, die Nationalsozialisten seien ganz überwiegend aus der Mittelschicht heraus gewählt worden.⁴ Inzwischen besteht unter Historikern weitgehend Einigkeit darüber, dass Hitlers Partei in so gut wie allen sozialen Schichten Wähler mobilisierte und damit keine Klassen, sondern eine Volkspartei war. Auf 30 bis 40 Prozent schätzt man den Anteil von Arbeitern an ihrer Wählerschaft. Gemessen an der Zahl aller Wahlberechtigten war dieser Anteil zwar unterdurchschnittlich, mit Blick auf die Konkurrenz zweier großer Arbeiterparteien aber durchaus bemerkenswert. In der wohlhabenden Oberschicht entschied man sich sogar in weit überdurchschnittlichem Maße für die NSDAP

Manche Räume der deutschen Wahlöffentlichkeit blieben den Nationalsozialisten jedoch weitgehend verschlossen. Großstädte und industrielle Ballungsgebiete waren für die NSDAP schwer erschließbares Terrain. Als zu stark erwiesen sich hier die Bindungen, die eine gewerkschaftlich organisierte Industriearbeiterschaft zur Arbeiterbewegung aufgebaut hatte. Ebenfalls schwer taten sich die Nationalsozialisten damit, in Gebiete vorzudringen, in denen der Katholizismus stark verwurzelt war. In den Wahlkreisen Köln-Aachen, Westfalen-Nord und -Süd sowie Oberbayern-Schwaben und Niederbayern lag der Stimmenanteil der NSDAP bei ihrem triumphalen Wahlsieg vom Juli 1932 bei weit unter 30 Prozent. Bei den Reichstagswahlen von 1930 hatten im oldenburgischen Kreis Vechta gerade einmal zwei Prozent für die Nationalsozialisten gestimmt. Die größten Erfolge konnte die NSDAP dagegen in ländlichen Gebieten feiern, die überwiegend protestantisch geprägt waren: Ostpreußen, Pommern und Schleswig-Holstein waren nationalsozialistische Hochburgen.

Tieferen Einblick in die Dynamik der politischen Verschiebungen gewähren vor allem lokal- und regionalgeschichtliche Forschungen. Das ist nicht verwunderlich, denn die regionale Heterogenität war eines der wesentlichen Charakteristika der Weimarer Republik. Ohne die Berücksichtigung der daraus resultierenden Unterschiede ist der komplexe Zusammenhang zwischen der Zerstörung der Weimarer Demokratie und dem Aufstieg des Nationalsozialismus kaum zu verstehen. Die NSDAP-Hochburg Schleswig-Holstein war die einzige Region, die den Nationalsozialisten in freien Wahlen die absolute Mehrheit brachte: Im Juli 1932 stimmten dort 51 Prozent für Hitlers Partei. Die preußische Provinz hatte sich schon früh zu einem Domizil republikfeindlicher Kräfte entwickelt - doch war es zunächst nicht die NSDAP, sondern die national-konservative DNVP gewesen, von der sich die Landbevölkerung Rückhalt beim Übergang von einer agrarisch geprägten zu einer industriell dominierten Gesellschaft erhoffte. Landwirte hatten mit einem rapiden Preisverfall ihrer Produkte zu kämpfen, und immer häufiger wurden Bauernhöfe zwangsversteigert. Vor diesem Hintergrund verloren Schleswig-Holsteins Bauern vermehrt ihren Glauben an die Durchsetzungskraft der DNVP und setzten ihre Hoffnungen in andere politische Gruppierungen – beispielsweise in die völkisch-antisemitische Landvolkbewegung, eine wichtige Zwischenstation im Übergang protestantisch-ländlicher Loyalitäten zum Nationalsozialismus.5

Anhand der niedersächsischen Kleinstadt Northeim lässt sich nachverfolgen, wie rasant eine überwiegend protestantischmittelständisch geprägte Einwohnerschaft durch die NSDAP politisch mobilisiert werden konnte. In Northeim errang Hitler schon bei den Präsidentschaftswahlen vom März 1932 die absolute Mehrheit. Dabei gaben viele Northeimer Bürger den Nationalsozialisten ihre Stimme nicht so sehr aus wirtschaftlicher Not, sondern weil sie glaubten, die NSDAP spiegele ihre nationalistischen wie antisozialistischen Überzeugungen am besten wider.⁶

Manches spricht für die These, dass für den Wahlerfolg der Nationalsozialisten vor allem Wählerwanderungen innerhalb eines sich wandelnden protestantisch-bürgerlichen Lagers verantwortlich waren. Im Gegensatz zum katholischen und sozialistischen Milieu, beide noch tief geprägt durch Ausgrenzungsund Repressionserfahrungen aus dem Kaiserreich, mangelte es diesem »nationalen Lager« an weltanschaulicher Kohärenz und stabilen Parteibindungen.⁷ In der Forschung ist umstritten, wie man das »protestantische Deutschland« milieugeschichtlich auffächern kann.8 Es lassen sich aber durchaus die Konturen eines konservativ-nationalen Milieus ausmachen, das sich nach 1918 als Reaktion auf Revolution und Inflation herausbildete. Seine Kommunikationsräume waren Vereine und Verbände, die sich durch bestimmte Mythen, Symbole und Rituale auszeichneten und von bestimmten weltanschaulichen Maximen geprägt waren. Der sich im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik vollziehende »Positionswechsel« (Helge Matthiesen) des konservativen Lagers von einer staatstragenden zu einer systemoppositionellen Kraft begünstigte diese Milieubildung, die ganz wesentlich von Gefühlen der Bedrohung und Ausgrenzung getragen war.9

Wie schon angedeutet, verband sich ein wichtiges Segment des konservativ-nationalen Milieus mit dem protestantisch geprägten Land. Dort - vom mittelfränkischen Bauerndorf bis zum ostelbischen Rittergut – fanden die Nationalsozialisten ein hohes politisches Mobilisierungspotential vor.¹⁰ Zum einen bereitete ihnen der agrarisch-protestantische Konservatismus den Boden, indem er zunehmend Anleihen bei einem ethnischen Nationalismus machte; zum anderen sorgten auseinanderstrebende Interessen und organisatorische Defizite bei der DNVP dafür, dass Raum für Alternativen entstand – ein Faktor, der sich vor allem während der stark politisierend wirkenden Agrarkrise bemerkbar machte. Mitte der 1920er-Jahre war die DNVP noch in der Lage gewesen, große Teile des ländlich-protestantischen Milieus politisch zu integrieren. Von 1930 an erschien zunehmend die NSDAP als attraktivere Option - sowohl für die zentralen Akteure der politischen Meinungsbildung wie Gutsherren, Dorfpfarrer und Landlehrer, als auch für Kleinbauern und

Wahlplakat der NSDAP zur Reichstagswahl im Juli 1932.



Landarbeiter, die nach größerer politischer Teilhabe strebten. Mit überwiegend konservativen Themen wie der Bewahrung der Landwirtschaft vor den Herausforderungen der kapitalistischen Globalisierung oder dem Schutz der Dorfgemeinschaft vor »marxistischem« Klassenkampf und liberalistischer Vereinzelung konnte die NSDAP die Wähler in protestantischen Agrarregionen für sich erobern. Ausschlaggebend für ihren Erfolg war weniger eine vermeintliche Erosion dieses Milieus als vielmehr ihr Geschick, sich auf die dort gängigen Mechanismen politischer Willensbildung einzulassen.

Am Beispiel überwiegend protestantisch geprägter Städte wie Greifswald, Oldenburg, Celle und Marburg zeigt sich, dass es der NSDAP oftmals auch beim städtischen Bürgertum gelang, sich als die »bessere Partei des Milieus« zu präsentieren.¹¹ Unbelastet durch vorherige Regierungsverantwortung galt sie vielfach als unverbrauchte Kraft, die jene nationale Einheit herzustellen versprach, die das konservativ-nationale Milieu, von der DNVP jahrelang in seinen antiliberalen, antisozialistischen Volksge-